A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	3
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz	3
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz	4
A.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten	6
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht	7
A.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst	8
A.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz	8
A.7	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft	9
A.8	Regierungspräsidium Freiburg – Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg	10
A.9	Regierungspräsidium Stuttgart – Kampfmittelbeseitigungsdienst	10
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	12
A.11	<i>Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau</i>	12
A.12	Regierungspräsidium Freiburg – Naturschutz und Landschaftspflege	14
A.13	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr	14
A.14	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein	15
A.15	<i>Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein</i>	15
A.16	Regionalverband Südlicher Oberrhein	15
A.17	Amprion GmbH	16
A.18	PLEdoc GmbH	16
A.19	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	17
A.20	<i>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr</i>	17
A.21	Abwasserzweckverband Weilertal	17
A.22	Mulhouse Alsace Agglomération	18
A.23	Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler	19
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	19
B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – ALB - Abfallwirtschaft	19
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 320 Gesundheitsschutz	19
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation	19
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 540 Flurneuordnung und Landentwicklung	19
B.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulastträger	19
B.6	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr, Abt. 4	19
B.7	Handelsverband Südbaden e.V.	19
B.8	bnNETZE GmbH	19
B.9	Unitymedia BW GmbH	19
B.10	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V.	19
B.11	Vermögen und Bau Baden-Württemberg	19
B.12	Zweckverband Gewerbepark Breisgau	19
B.13	Stadt Freiburg im Breisgau – Amt für Projektentwicklung und Stadterneuerung	20
B.14	Gemeinde Hartheim	20
B.15	Gemeinde Schliengen	20
B.16	Gemeinde Bad Bellingen	20
B.17	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 680 Straßenplanung & Bau	20

B.18	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal- und Gesundheitswesen	20
B.19	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege, Dienstsitz Freiburg	20
B.20	Communauté de Communes – Porte de France Rhin-Sud	20
B.21	Deutsche Telekom Technik GmbH	20
B.22	EnergieDienst AG	20
B.23	Deutsche Erdgas-Transportgesellschaft – Ruhrgas AG	20
B.24	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland	20
B.25	Landesnaturschutzverbände LNV/BUND/NABU	20
B.26	Gemeinde Auggen	20
B.27	Gemeinde Buggingen	20
B.28	Gemeinde Eschbach	20
B.29	Stadt Heitersheim	20
B.30	Stadt Müllheim	20
B.31	Gemeinde Badenweiler	20
B.32	Industrie- und Handelskammer	20
B.33	Regierungspräsidium Freiburg – Stabstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit	20
B.34	Wehrbereichsverwaltung Süd	20
B.35	Deutsche Post Bauen GmbH	20
B.36	Abwasserzweckverband „Weilertal“	20
B.37	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	20
B.38	NABU	20
B.39	Handwerkskammer	20
B.40	Polizeiposten Neuenburg am Rhein	20
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN	20

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 410 Baurecht und Denkmalschutz (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)	
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:	
A.1.1	<p>Gemäß § 8 Absatz 2 Satz 1 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Bebauungsplan entwickelt sich nicht aus einem genehmigten Flächennutzungsplan, er ist aber aus dem Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes entwickelt. Eine Bekanntmachung des Bebauungsplanes kann also erst nach Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes oder der Genehmigung des Bebauungsplanes erfolgen.</p> <p>Der Stand des Parallelverfahrens sollte in der Begründung zum Bebauungsplan entsprechend den einzelnen Planungsphasen ersichtlich sein. Wir regen zudem an, unter Punkt 3 der Begründung (Flächennutzungsplan) nicht nur die Darstellungen des aktuell wirksamen Flächennutzungsplans abzubilden, sondern zusätzlich auch noch die geplanten Darstellungen der im Parallelverfahren erfolgenden 9. Änderung des Flächennutzungsplans. Nur so kann zum Zeitpunkt des Inkraftsetzens des Bebauungsplans auch die Entwicklung aus dem (dann geänderten) Flächennutzungsplan nachvollzogen werden.</p> <p>Das Landratsamt geht davon aus, dass zum Zeitpunkt der Genehmigungsvorlage die Parallelität gegeben sein wird oder eine Genehmigung des Bebauungsplanes nicht erforderlich wird, wenn das FNP-Verfahren entsprechend zügig abgeschlossen werden kann.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Am 29.04.2019 wurde die, die vorliegende Planung betreffende, 9. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Neuenburg am Rhein als Feststellung beschlossen. Die Genehmigung erfolgte am 25.09.2019. Der Bebauungsplan kann daher aus dem mittlerweile geänderten Flächennutzungsplan entwickelt werden.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend ergänzt.</p>
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.1.2	Die Begründung ist zu gegebener Zeit auf den Stand der endgültigen Planung unter Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses zu bringen.	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die Begründung wird für den Satzungsbeschluss unter Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses auf den Stand der endgültigen Planung gebracht.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1.3	Wir bitten um weitere Beteiligung am Verfahren und zu gegebener Zeit um Übermittlung einer Ergebnismitteilung zu den von uns ggf. vorgetragenen Anregungen. Sofern zur Offenlage noch Anregungen oder Einwendungen eingegangen sind, sollten die Absender über das Ergebnis der Behandlung ihrer Anregungen im Rahmen der Abwägung schriftlich möglichst unmittelbar nach dem Satzungsbeschluss unterrichtet werden.	Dies wird teilweise berücksichtigt. Eine weitere Offenlage ist nicht vorgesehen. Die Übermittlung einer Ergebnismitteilung wird zugesichert.
A.1.4	Wir bitten nach Abschluss des Verfahrens um Übersendung einer ausgefertigten Planfassung des Bebauungsplanes. Dabei sollten alle Bestandteile des Planes ausgefertigt sein, sofern diese nicht zu einer Urkunde verbunden sind.	Dies wird berücksichtigt. Die Übersendung einer ausgefertigten Planfassung des Bebauungsplanes mit allen Bestandteilen des Planes wird zugesagt.
A.1.5	Zum Aufbau einer Geodateninfrastruktur beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald bitten wir um Übersendung der Planunterlagen in digitaler Form möglichst im Raster- (tif, tw und pdf) als auch in Vektorformat (bevorzugt: shape; alternativ: dxf, dwg) an die E-Mail-Adresse gis@lkbh.de . Die digitalen Datensätze benötigen wir erst nach Eintritt der Rechtswirksamkeit der Pläne und immer ergänzend(!) zur Papierfassung. Die digitalen Unterlagen sollten mindestens das Datum der Ausfertigung und der Rechtswirksamkeit, das Papierformat immer auch noch die Unterschrift des Bürgermeisters enthalten. Zur Möglichkeit die Pläne einzuscannen verweisen wir auf unser Schreiben vom 30.06.2014.	Dies wird berücksichtigt. Die Übersendung der Planunterlagen in digitaler Form wird zugesagt.
A.1.6	Eine Mehrfertigung des Planes (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan oder Änderungssatzung) ist nach Abschluss auch dem Raumordnungskataster beim Regierungspräsidium Freiburg, Referat 21, Bissierstraße 7, D - 79114 Freiburg i. Br. (z. H. Herrn Dipl. - Geol. Peter Schneider Tel.: 208 -4692) zu übersenden.	Dies wird berücksichtigt. Die Übersendung einer Mehrfertigung des Planes an das RP Freiburg wird zugesagt.
A.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 420 Naturschutz (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)	
	Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können:	
A.2.1	Artenschutz und Natura 2000-Prüfung Zum Stand der frühzeitigen Beteiligung waren der Umweltbericht mit integriertem	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>GOP sowie die artenschutzrechtlichen und Natura 2000 - Prüfungen bereits weitgehend abgearbeitet. Die zu diesem Zeitpunkt noch offenen Punkte wurden zur Offenlage hin bearbeitet und im Umweltbericht ergänzt. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist davon auszugehen, dass mit Umsetzung der im Umweltbericht genannten Vermeidungs-/ Minimierungs-/ Ersatz- und CEF-Maßnahmen der besondere Artenschutz bewältigt werden kann. Eine erhebliche Beeinträchtigung der betroffenen Natura-2000 Gebiete ist zudem nicht zu erwarten.</p>	
A.2.2	<p>Die Kompensationsmaßnahmen sind aus naturschutzfachlicher Sicht sinnvoll und sind ebenso wie die notwendigen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen von einer ökologischen Fachkraft an- und zu begleiten.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Die Begleitung der ökologischen Maßnahmen von einer ökologischen Fachkraft ist vorgesehen. Der Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.</p>
A.2.3	<p>Externer Ausgleich</p> <p>Alle externen Ausgleichsmaßnahmen sind über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Gemeinde und der unteren Naturschutzbehörde (und gegebenenfalls privaten Dritten) rechtzeitig vor Satzungsbeschluss (des Bebauungsplans) abzusichern. Bei privaten Dritten als Vertragspartner ist zusätzlich eine dingliche Sicherung (Grundbucheintrag) notwendig. Die Verfügbarkeit der Ausgleichsflächen muss sichergestellt sein, insbesondere ist darauf zu achten, dass ein ggf. bestehendes Pachtverhältnis der Umsetzung der Maßnahmen nicht entgegensteht. Auf Flächen, die der Kompensation von Eingriffen dienen und in das Kompensationsverzeichnis eingetragen werden, dürfen dauerhaft keine Fördergelder aus Agrarumweltprogrammen (z. B. FAKT/ LPR) beantragt und in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für jeden zukünftigen Bewirtschafter der Fläche. Die unzulässige Förderung könnte für den Antragsteller Rückzahlungen und Sanktionen zur Folge haben. <u>Die Bewirtschafter oder Pächter dieser Flächen sind hierüber in Kenntnis zu setzen.</u></p> <p>Wir bitten einen entsprechenden Vertragsentwurf mit allen Anlagen rechtzeitig (d. h. mindestens zwei Wochen) vor dem Satzungsbeschluss bei der unteren Naturschutzbehörde vorzulegen. Im Vertragsentwurf sind diese plangebietsexter-</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die externen Ausgleichsmaßnahmen werden rechtzeitig vor Satzungsbeschluss für einen Unterhaltungszeitraum von 25 Jahren durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag gesichert. Für Flächen, die nicht im Eigentum der Stadt Neuenburg am Rhein liegen, erfolgt zusätzlich eine dingliche Sicherung (Grundbucheintrag). Ebenso wird der Grundstückseigentümer Vertragspartner.</p> <p>Im Rahmen der Ausgleichsplanung wird eine Aussage über die Verfügbarkeit der Flächen getroffen.</p> <p>In den Vertrag wird ein Hinweis zum Ausschluss von Fördergeldern mit aufgenommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	nen Ausgleichsmaßnahmen dauerhaft (zumindest für einen Unterhaltungszeitraum von 25 Jahren) zu sichern.	
A.2.4	<p>Kompensationsverzeichnis</p> <p>Die externen Ausgleichs- / Kompensationsmaßnahmen sind von der Stadt Neuenburg in das Kompensationsverzeichnis einzustellen (§ 18 Abs. 2 Naturschutzgesetz i.V.m. § 17 Abs. 6 Satz 2 BNatSchG). Hierfür steht den Gemeinden ein Zugang zu den bauplanungsrechtlichen Abteilungen der Webanwendung „Kompensationsverzeichnis & Ökokonto Baden-Württemberg“ unter http://www.lubw.bwl.de/servlet/is/71791/ Zugang Kommune (Bauleitplanung) zur Verfügung.</p> <p>Nach Eintragung der externen Ausgleichsmaßnahmen in die bauplanungsrechtliche Abteilung des Kompensationsverzeichnisses ist die Untere Naturschutzbehörde hiervon zu benachrichtigen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Außerhalb des Eingriffsbebauungsplans liegende Maßnahmen werden in das Kompensationsverzeichnis aufgenommen.</p> <p>Die unter Naturschutzbehörde wird nach der Eintragung der externen Ausgleichsmaßnahmen in das Kompensationsverzeichnis benachrichtigt.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis auf die genannten Verpflichtungen wird in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen.</p>
A.3	<p>Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 430/440 Umweltrecht / Wasser, Boden, Altlasten (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)</p>	
	<p>Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:</p>	
A.3.1	<p>Abwasserbeseitigung / Regenwasserbehandlung</p> <p>Die Entwässerungskonzeption wurde zwischenzeitlich mit den Fachbereichen 440 und 450 abgestimmt. Im Hinblick auf das durchzuführende Wasserrechtsverfahren empfehlen wir die detaillierte Entwässerungsplanung frühzeitig vor der Bauausführung mit dem FB 450 abzustimmen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Eine frühzeitige Abstimmung mit dem FB 450 in Hinblick auf das durchzuführende Wasserrechtsverfahren wird in Aussicht gestellt.</p>
A.3.2	<p>Oberflächengewässer / Gewässerökologie / Hochwasserschutz</p> <p>Die Anregungen und Vorgaben unserer Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung bzgl. der geringfügigen Betroffenheit eines Überschwemmungsgebietes finden sich vollumfänglich in der Begründung zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet Zienken“ wieder.</p> <p>Weitere Anmerkungen oder Ergänzungen sind aus unserer Sicht nicht erforderlich.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 450 Gewerbeaufsicht (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.4.1	Die Anregungen der Gewerbeaufsicht zur frühzeitigen Beteiligung hinsichtlich eines möglichen Nutzungskonfliktes mit der angrenzenden Wohnbebauung wurden aufgegriffen und untersucht. Das schalltechnische Gutachten des Büros Fichtner WT Projekt-Nr. 612-2128 vom August 2018 behandelt den Gewerbelärm und den Verkehrslärm.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4.2	Die Gewerbeaufsicht geht davon aus, dass bezüglich des Gewerbelärms alle vorhandenen und relevanten Lärmquellen berücksichtigt wurden. Die im Kapitel 4.3 genannten Lärmquellen sind plausibel. Die Ausbreitungsrechnung ergab, dass unter den angenommenen Randbedingungen die Richtwerte der TA Lärm eingehalten werden können. Der Gutachter hat dabei die Werte für ein allgemeines Wohngebiet zugrunde gelegt. Insofern bestehen keine Bedenken, die Planungen umzusetzen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass Betriebserweiterungen oder Ausweitungen der Betriebszeiten dazu führen können, dass der Richtwert, vor allem für den Nachtzeitraum, erreicht oder auch überschritten werden könnte. Darauf weist auch der Gutachter im letzten Abschnitt des Kapitels 5 hin. Insofern sollte die Firma bei Änderungen im Betriebsablauf oder auch bei Ausweitungen der Betriebszeiten in die Nacht hinein den Lärmschutz berücksichtigen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4.3	Hinsichtlich des Verkehrslärms legt der Gutachter die Werte der 16. BImSchV zugrunde. Zwar entsteht der Verkehrslärm auf einer öffentlichen Straße, jedoch besteht hier der Sonderfall, dass der Verkehr vom Betrieb quasi „ausgelöst“ wird, indem Fahrbewegungen von Mitarbeitern und Warentransport den Verkehr auf dem Rheinweg dominieren. Wir gehen davon aus, dass bei berechtigten Beschwerden Lösungen zwischen Anwohnern und Firma gefunden werden können.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 510 Forst (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
	Die Hinweise zur frühzeitigen Beteiligung wurden in der Begründung Nr. 6.3 und den Bebauungsvorschriften Nr. 1.6 umgesetzt. Aus forstlicher Sicht bestehen daher keine Bedenken gegenüber der vorgelegten Planung.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.6	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 520 Brand- u. Katastrophenschutz (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.6.1	Die Löschwasserversorgung wird entsprechend dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW in Abhängigkeit der Nutzung (FwG § 3, LBOAVO § 2 Abs. 5) festgelegt. Bei einem Gewerbegebiet mit einer GFZ zwischen 1 und 2,4 ist eine Löschwasserversorgung von mind. 96 m³/Stunde über einen Zeitraum von 2 Stunden sicherzustellen.	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt. Der Löschwassernachweis wurde durch ein Ingenieurbüro erbracht.
A.6.2	Hydranten sind so anzuordnen, dass die Entnahme von Wasser jederzeit leicht möglich ist. Als Grundlage sind die DVGW-Arbeitsblätter W 331 und W 400 zu beachten.	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.
A.6.3	Für Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr sichergestellt werden muss, sind in Abhängigkeit der Gebäudehöhe entsprechende Zugänge bzw. Zufahrten und Aufstellflächen zu schaffen (LBOAVO § 2 Abs. 1-4).	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.
A.6.4	Zufahrt und Aufstellflächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr sind nach den Vorgaben der VwV - Feuerwehrflächen auszuführen.	Dies wird berücksichtigt. Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.7	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 580 Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)	
	Anregungen und Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:	
A.7.1	<p><u>Plangebiet:</u></p> <p>Die vorliegende Neuausweisung über ca. 0,7 ha ragt wie ein Sporn in die fast 5 ha großen Landwirtschaftsfläche (Flst. 1324/10) hinein, dabei orientieren sich die Plangrenzen nur an den Beschränkungen durch die Ausweisungen der Schutz- und Überschwemmungsgebiete.</p> <p>Ein ortsansässiger Landwirt, dessen Betriebssitz nur ca. 560 m entfernt liegt, konnte auf dieser ebenen Fläche bis einschließlich 2017 über 4 ha Getreide anbauen. Mit Planumsetzung verliert er über 4 % seiner Gerstenanbaufläche, was fast 1 % seiner Gesamtbetriebsfläche entspricht. Weitere Flurstückteile wurden als Wiese und ökologische Vorrangflächen (ÖVF) genutzt.</p> <p>Nach Aussagen des Gewerbebetriebes sollen die an das Erweiterungsgebiet angrenzenden Flächen künftig nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden.</p> <p>Wir verweisen</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Auf die Vorschriften des § 26 des Landwirtschafts- und Landeskultur Gesetz Baden-Württemberg (LLG), der die Bewirtschaftungs- und Pflegepflicht für alle landwirtschaftlich nutzbaren Flurstücke regelt (unabhängig ob an einen Landwirt verpachtet): Zur Verhinderung von Beeinträchtigungen der Landeskultur und der Landespflege sind die Besitzer von landwirtschaftlich nutzbaren Grundstücken verpflichtet, ihre Grundstücke zu bewirtschaften oder dadurch zu pflegen, dass sie für eine ordnungsgemäße Beweidung sorgen oder mindestens einmal im Jahr mähen. ➤ auf das Missverhältnis zwischen Gewerbegebietserweiterung von ca. 0,7 ha und Gesamtverlust hochwertiger Landwirtschaftsflächen von 4,5 ha. Mit Planumsetzung gehen fast das Siebenfache an ortsnahen und gut erschlossenen ebenen Landwirtschaftsflächen, die rentabel bewirtschaftbar 	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Flurstück 1324/10 wird derzeit in seinem südlichen Bereich nur zu einem kleinen Teil überplant, da der größte Teil des Grundstücks derzeit als Überschwemmungsgebiet (HQ-100) zu betrachten ist.</p> <p>Die an das Planungsgebiet angrenzenden Ackerflächen wurden bereits aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen und sollen zukünftig auch nicht mehr bewirtschaftet werden.</p> <p>Der Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Böden wurde sachgerecht in die Abwägung eingestellt. Aufgrund der örtlichen Situation, die das bestehende Firmengelände durch Schutzgebiete, Waldflächen, Siedlungsflächen und Überschwemmungsgebiete einschränkt und aufgrund der Tatsache, dass selbst die durch Nachverdichtung auf dem Firmengelände generierten Flächen nicht für den aktuellen Bedarf ausreichen, hat sich die Gemeinde entschlossen, den Belangen der Ortsentwicklung und der Sicherung von Flächen, für die zukünftige bauliche Entwicklung einer ortsansässigen Firma, den Vorrang vor den Belangen der Landwirtschaft einzuräumen. Die Gemeinde hat gemäß BauGB neben den Belangen der Landwirtschaft auch die Belange der Wirtschaft und ihrer mittelständischen Struktur in der Abwägung zu berücksichtigen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>waren, verloren.</p> <p>Aus agrarstruktureller Sicht wird die vorliegende Planung aufgrund der dargestellten Gründe bzw. Unverhältnismäßigkeit abgelehnt. Eine Abwägung unserer Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung liegt aktuell nicht vor.</p>	
A.7.2	<p><u>Kompensationsmaßnahmen:</u></p> <p>Für die südlich des Gewerbegebiets liegenden E 3 und E 4 Flächen am Waldrand bzw. im Wald konnte aktuell und in den Vorjahren kein landwirtschaftlicher Bewirtschafter ausfindig gemacht werden. Die Nistkästen (E1) werden in der Neuaufforstungsfläche angebracht. Auf einer Teilfläche des Flst 1324/10 mit 0,7280 ha, angrenzend an die 2017 genehmigte Aufforstungsfläche und nördlich der Erweiterungsfläche, soll auf der Ackerfläche eine artenreiche Magerwiese (E2) unter Verzicht auf Düngung mit zweimaliger Mahd und Abtransport des Schnittguts entwickelt werden. Damit wird der Aufwuchs nach kurzer Zeit (ab ca. zwei Jahren) nur eine geringe Futterqualität vorweisen und muss unter Umständen entsorgt werden d.h. kann nicht mehr landwirtschaftlich verwertet werden. Diese Ackerfläche zählt zur Vorrangflur I und sollte deshalb in einer landwirtschaftlichen Nutzung verbleiben, wie bis 2017 von einem ortsansässigen Haupteberwerbslandwirt mit Tierhaltung bewirtschaftet.</p> <p>Die Erschließung der Maßnahmenfläche E2 besteht durch den vorhandenen Feldweg östlich entlang des Flst. 1324/10.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Maßnahmenfläche E 2 soll zukünftig durch einen gebietsansässigen Schäfer gemäht bzw. der 2. Aufwuchs durch seine Schafe beweidet werden. Eine landwirtschaftliche Verwertung des anfallenden Schnittguts ist somit im Zuge der geplanten Pflegemaßnahmen gewährleistet.</p>
A.8	Regierungspräsidium Freiburg – Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg (Schreiben vom 08.01.2019)	
	<p>Zu den Planungen haben wir bereits am 08.03.2018 Stellung genommen.</p> <p>Die Hinweise wurden umgesetzt. Dem Vorhaben stehen aus forstlicher Sicht keine Einwände entgegen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.9	Regierungspräsidium Stuttgart – Kampfmittelbeseitigungsdienst (Schreiben vom 07.12.2018)	
A.9.1	<p>Aufgrund der ausgedehnten Kampfhandlungen und Bombardierungen, die während des 2. Weltkrieges stattfanden, ist es ratsam, im Vorfeld von jeglichen Bau(Planungs-)verfahren eine Gefahrenverdachtserforschung in Form einer Auswertung von Luftbildern der Alliierten</p>	<p>Dies wurde bereits berücksichtigt.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Gewerbegebiet Zienken“ wurde für die geplante Erweiterungsflächen von der Firma Kaltenbach beim Büro Dr. Hinkelbein eine Luftbilddauswertung für Kampfmittelbelastung in Auftrag gegeben.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>durchzuführen. Alle nicht vorab untersuchten Bauflächen sind daher als potentielle Kampfmittelverdachtsflächen einzustufen.</p> <p>Seit dem 02.01.2008 kann der Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg allerdings Luftbildauswertungen für Dritte, zur Beurteilungen möglicher Kampfmittelbelastungen von Grundstücken auf vertraglicher Basis nur noch kostenpflichtig durchführen.</p> <p>Diese Auswertung kann bei uns mittels eines Vordrucks beantragt werden. Die dafür benötigten Formulare können auch unter www.rp-stuttgart.de (→Service→Formulare und Merkblätter) gefunden werden.</p> <p>Bitte beachten Sie hierzu auch den Anhang.</p> <p>Die momentane Bearbeitungszeit hierfür beträgt zur Zeit mind. 32 Wochen ab Auftragsingang. Eine Abweichung von der angegebenen Bearbeitungszeit ist nur in dringenden Fällen (Gefahr in Verzug) möglich. Bitte sehen Sie von Nachfragen diesbezüglich ab.</p>	<p>Die Luftbildauswertung hat keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein von Sprengbomben-Blindgängern innerhalb des Untersuchungsgebietes ergeben. Es besteht keine Notwendigkeit, den Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg (KMBD) oder ein anderes autorisiertes Unternehmen zu weiteren Erkundungen einzuschalten.</p>
A.9.2	<p>Weiterhin weisen wir bereits jetzt darauf hin, dass sich aufgrund der VwV-Kampfmittelbeseitigungsdienst des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 31.08.2013 (GABl. S. 342) die Aufgaben des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Baden-Württemberg auf die Entschärfung, den Transport und die Vernichtung von Kampfmitteln beschränken.</p> <p>Die Beratung von Grundstückseigentümern sowie die Suche nach und die Bergung von Kampfmitteln kann vom Kampfmittelbeseitigungsdienst nur im Rahmen seiner Kapazität gegen vollständige Kostenerstattung übernommen werden. Soweit der Kampfmittelbeseitigungsdienst nicht tätig werden kann, sind für diese Aufgaben gewerbliche Unternehmen zu beauftragen.</p> <p>Bei eventuellen Rückfragen stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 06.12.2018)	
	<p>Unter Hinweis auf unsere weiterhin gültige Stellungnahme Az. 2511//18-00878 vom 27.02.18, sowie die Ziffern 3.9 und 3.10 des Textteils zum Bebauungsplan (Stand 05.11.2018) sind von unserer Seite zum offengelegten Planvorhaben keine weiteren Anmerkungen vorzubringen.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.11	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 27.02.2018)	
A.11.1	Geotechnik	
	<p><i>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</i></p>	<p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>
	<p><i>Andernfalls empfiehlt das LGRB die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</i></p>	<p><i>Dies wird berücksichtigt.</i></p>
	<p><i>Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich quartärer Lockergesteine (Talauenschotter der Neuenburg-Formation, Holozänes Auensediment, Jüngerer Flusssand) unbekannter Mächtigkeit.</i></p>	<p><i>Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.</i></p>
	<p><i>Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind sowie mit einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrundes ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein.</i></p>	
	<p><i>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein pri-</i></p>	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<i>vates Ingenieurbüro empfohlen.</i>	
A.11.2	<p>Mineralische Rohstoffe</p> <p><i>Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.</i></p>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>
A.11.3	<p>Boden</p> <p><i>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</i></p>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>
A.11.4	<p>Grundwasser</p> <p><i>Auf die Lage des Plangebiets innerhalb der Zone III B des rechtskräftigen Wasserschutzgebiets „WSG-Neuenburg TB Grißheim II“ (WSG-Nr. 315132) wird im Umweltbericht hingewiesen.</i></p> <p><i>Weitere Hinweise, Anregungen oder Bedenken sind aus hydrogeologischer Sicht zum Planungsvorhaben nicht vorzubringen.</i></p>	<p><i>Dies wird berücksichtigt.</i></p> <p><i>Die Bebauungsvorschriften werden um einen entsprechenden Hinweis ergänzt.</i></p> <p><i>Wird zur Kenntnis genommen.</i></p>
A.11.5	<p>Bergbau</p> <p><i>Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.</i></p>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>
A.11.6	<p>Geotopschutz</p> <p><i>Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.</i></p>	<i>Wird zur Kenntnis genommen.</i>
A.11.7	<p>Allgemeine Hinweise</p> <p><i>Die lokalen geologischen Untergrund Verhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden.</i></p> <p><i>Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.</i></p>	<i>Wird zur Kenntnis genommen</i>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.12 Regierungspräsidium Freiburg – Naturschutz und Landschaftspflege (Schreiben vom 05.12.2018)		
A.12.1	Wir möchten darauf hinweisen, dass im Rahmen des Ordnungsverfahrens zur FFH-Verordnung, welches 2018 durchgeführt wurde, u.a. die Außengrenzen der FFH-Gebiete konkretisiert wurden. So liegen die Flurstücke Nr. 1324 und 1324/3, auf denen externe Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen sind, nun vollständig innerhalb des FFH-Gebiet „Markgräfler Rheinebene von Neuenburg bis Breisach“.	Dies wird berücksichtigt. Der Umweltbericht wird bzgl. des Hinweises korrigiert.
A.12.2	Wir danken für Prüfung und Aufnahme dieser beiden Flurstücke, auf die wir im Rahmen unserer Stellungnahme zur TÖB-Beteiligung im Januar 2018 hingewiesen haben. Aus fachlicher Sicht sind die vorgesehenen Maßnahmen von E3 und E4 geeignet, das Zielbiotop zu entwickeln. Aufgrund der Lage im FFH-Gebiet, im bzw. unmittelbar angrenzend an das Naturschutzgebiet „Sandkopf“ und dem Vorkommen mehrere Arten des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg auf diesen beiden Flurstücken bitten wir um frühzeitige Kontaktaufnahme mit dem Referat 56 vor Umsetzung dieser Ersatzmaßnahmen.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Die beiden Flurstücke werden für das vorliegende Bebauungsplanverfahren nicht als Ausgleich herangezogen. Die Maßnahmen auf den beiden Flurstücken sind jedoch bereits als Ausgleich für den Bebauungsplan „Solar-Strom-Park“ der Stadt Neuenburg am Rhein vorgesehen. Eine Beteiligung und frühzeitige Kontaktaufnahme mit dem Referat 56 vor Umsetzung der Maßnahmen wird zugesichert.
A.12.3	Die vollständige Prüfung der naturschutzfachlichen und -rechtlichen Belange des Bebauungsplans erfolgt über die Untere Naturschutzbehörde Breisgau-Hochschwarzwald.	Die Untere Naturschutzbehörde Breisgau-Hochschwarzwald wurde beteiligt und hat eine Stellungnahme abgegeben (vgl. Ziffer A.2).
A.13 Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr (Schreiben vom 12.12.2018)		
	Die Gebiete befinden sich ca. 7,0 km südwestlich des Bezugspunktes des Sonderlandeplatzes Bremgarten innerhalb eines Bauschutzbereiches. Durch die Planungen mit maximalen Gebäudehöhen von 226,0 m ü NN werden voraussichtlich keine Belange der Luftfahrt berührt. Das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2, als zuständige Landesluftfahrtbehörde erhebt keine Einwendungen gegen die Planungen und Änderungen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.14	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 08.01.2019)	
	Wir verweisen auf unsere zustimmende Stellungnahme vom 20.02.2018, die weiterhin Gültigkeit behält.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.15	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 20.02.2018)	
A.15.1	<i>Mit der Planung der Stadt Neuenburg soll einem bereits seit einigen Jahrzehnten am Standort ansässigen und kontinuierlich gewachsenen Unternehmen des produzierenden Gewerbes, der Maschinenbau Kaltenbach GmbH, die dringend notwendige betriebliche Erweiterung ermöglicht werden. Dies wird begrüßt, kann die Stadt doch so einen maßgeblichen Beitrag zur Sicherung des Standortes und der hiermit verbundenen Arbeitsplätze leisten.</i>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.15.2	<i>Für das bestehende Werksgelände existiert bisher kein Bebauungsplan. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans soll nun Bestands- und Erweiterungsgelände umfassen. In der Umgebung des Firmenareals existieren diverse Restriktionen, die zu beachten bzw. diverse Aspekte, die miteinander zu vereinbaren sind. Da die diesbezüglichen Planungsziele angemessen formuliert sowie über Festsetzungen umgesetzt worden sind, werden keine Bedenken geäußert. Das Unternehmen erhält hiermit auch eine höhere Planungs- und Investitionssicherheit.</i>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.15.3	<i>Zur erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplanes, welche im Parallelverfahren vorgenommen wird, sind zurzeit keine separaten Anmerkungen notwendig.</i>	Wird zur Kenntnis genommen.
A.16	Regionalverband Südlicher Oberrhein (Schreiben vom 18.12.2018)	
	Die Aufstellung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Zienken“ erfolgt im Parallelverfahren zur 9. FNP-Änderung. Die Firma Kaltenbach beabsichtigt das bestehende Werksgelände zu erweitern. Primär soll die Erweiterung Richtung Norden erfolgen. Ein Geländestreifen westlich der Betriebsgebäude, der bereits jetzt als Stellplatz- und Lagerfläche genutzt wird, soll auch in die Gewerbefläche mit einbezogen werden. Dieser westliche Gewerbegebietsstreifen grenzt unmittel-	Dies wird zur Kenntnis genommen. Eine Erweiterung des Geltungsbereichs in den Regionalen Grünzug hinein ist nicht vorgesehen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>bar an einen Regionalen Grünzug an. Unter Berücksichtigung des maßstabsbezogenen Ausformungsspielraums besteht in diesem konkreten Fall entsprechend unserer Stellungnahme vom 19.02.2018 kein Zielkonflikt. Eine darüber hinausgehende Siedlungsentwicklung in den Regionalen Grünzug hinein würde jedoch Ziele der Raumordnung verletzen und könnte aus regionalplanerischer Sicht nicht mitgetragen werden.</p>	
A.17	<p>Amprion GmbH (Schreiben vom 05.12.2018)</p>	
	<p>Im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.18	<p>PLEdoc GmbH (Schreiben vom 03.12.2018 + 04.12.2018)</p>	
A.18.1	<p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p><u>Achtung:</u> Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>
A.18.2	<p>Von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber sind von der geplanten Maßnahme nicht betroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Open Grid Europe GmbH, Essen - Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen - Ferngas Nordbayern GmbH (FG), Netzbetrieb Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg - Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen - Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen - Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund - Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen - GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungs- 	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	unternehmen mbH & Co. KG, Straelen <i>(hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)</i> - Viatel GmbH, Frankfurt Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungsanlagen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen.	
A.19	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 27.11.2018)	
	Hiermit erhalte ich die bereits abgegebene Stellungnahme vom 29.01.2018 (K-V-031-18-BBP) zu o.g. Beteiligung aufrecht.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Offenlage ist nicht vorgesehen.
A.20	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 29.01.2018)	
	<i>Gegen die im Betreff angegebene Maßnahme bestehen bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage, bis zu einer maximalen Bauhöhe von 30,00 m über Grund, keine Bedenken.</i> <i>Im weiteren Verfahren ist das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr weiterhin zu beteiligen.</i>	Wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren wird zugesichert.
A.21	Abwasserzweckverband Weilertal (Schreiben vom 11.01.2019)	
	Der Abwasserzweckverband Weilertal nimmt im Rahmen der o.g. Verfahren zum nachstehenden Punkt wie folgt Stellung.	
	<p>Ver- und Entsorgung</p> <p>Der zur Aufnahme des anfallenden Schmutzwassers am Plangebiet vorbeilaufende Kanal ist der Schmutzwasser-Verbandssammler des Abwasserzweckverbandes Weilertal. Gegen die direkte Einleitung von dem im geplanten Gewerbegebiet anfallenden (mit häuslichem Abwasser vergleichbarem) Schmutzwassers in den Verbandskanal des AZV Weilertal bestehen keine Bedenken. Der AZV Weilertal geht davon aus, dass die technischen Details des geplanten Anschlusses rechtzeitig vor der Ausführung mit dem AZV Weilertal abgestimmt werden.</p> <p>Eine Einleitung von Niederschlagswasser in den Verbandskanal ist nicht zulässig. Das Niederschlagswasser muss, wie auch geplant, durch geeignete Maßnahmen vor Ort einer Versickerung, ggf. mit einer vorgeschalteten Vorbehandlung, zugeführt werden.</p>	Dies wird berücksichtigt. Der vorliegende Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Gewerbegebiet Zienken“ setzt fest, dass das auf Dachflächen, Terrassen, Auffahrten, Wegen usw. anfallende Niederschlagswasser schadlos im Sinne eines kurzen Kreislaufes auf den Grundstücken breitflächig über eine bewachsene Bodenschicht oder über ein Mulden-System so zur Versickerung zu bringen ist und hierdurch keine Beeinträchtigung für Dritte entstehen kann. Eine Einleitung von Niederschlagswasser in den Verbandskanal ist nicht vorgesehen. Im Hinblick auf das derzeit nicht abschätzbare Schadstoffpotential durch die Gewerbebetriebe ist es aus Gründen des Grundwasserschutzes erforderlich, dass die Art und Weise der einzelnen Versickerungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens im Einzelnen geprüft werden, was ein Wasserrechtsverfahren nach sich ziehen kann.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.22 Mulhouse Alsace Agglomération (Schreiben vom 08.01.2019)		
A.22.1	Vous avez sollicité l'avis de Mulhouse Alsace Agglomération concernant le projet de modification n°9 du Plan d'urbanisme et le projet de Plan local d'urbanisme de la zone d'activité au lieu-dit « Zienken » de la commune de Neuenburg-am-Rhein. (Sie haben um die Stellungnahme der Mulhouse Alsace Agglomération zur 9. Änderung des 9 des Plan d'urbanisme und zum Plan local d'urbanisme Gewerbegebiet Zienken der Gemeinde Neuenburg am Rhein gebeten.)	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.22.2	Les projets prévoient l'extension d'une entreprise en partie sur des zones actuellement forestières et agricoles, ainsi que la mise en œuvre de mesures environnementales compensatoires. (Die Projekte sehen die Expansion eines Unternehmens zum Teil in derzeit forst- und landwirtschaftlichen Gebieten sowie die Umsetzung von Umweltausgleichsmaßnahmen vor.)	Wird zur Kenntnis genommen. Im Umweltbericht werden die Belange des Umweltschutzes ermittelt und bewertet. Ebenso wird dem Umweltbericht ein integrierter grünordnerischer Beitrag mit einer detaillierten Eingriffs- Ausgleichbilanz beigefügt.
A.22.3	Mulhouse Alsace Agglomération partage l'importance des enjeux économiques et environnementaux du projet, mais ne formule pas de remarques particulières en raison de l'absence d'impact transfrontalier. (Die Mulhouse Alsace Agglomération teilt die Bedeutung der wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte des Projekts, macht jedoch keine besonderen Bemerkungen, da es keine grenzüberschreitenden Auswirkungen gibt.)	Wird zur Kenntnis genommen.
A.22.4	Vous avez sollicité l'avis de Mulhouse Alsace Agglomération concernant le projet de modification n°9 du Plan d'urbanisme et le projet de Plan local d'urbanisme de la zone d'activité au lieu-dit « Zienken » de la commune de Neuenburg-am-Rhein. (Sie haben um die Stellungnahme der Mulhouse Alsace Agglomération zur 9. Änderung des 9 des Plan d'urbanisme und zum Plan local d'urbanisme Gewerbegebiet Zienken der Gemeinde Neuenburg am Rhein gebeten.)	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.23	Gemeindeverwaltungsverband Müllheim-Badenweiler (Schreiben vom 03.12.2018)	
A.23.1	Bauleitplanerische Belange des Gemeindeverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler sind durch die Aufstellung des Bebauungsplans mit örtlichen Bauvorschriften „Gewerbegebiet Zienken“ nicht berührt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.23.2	Sofern sich keine bauplanungsrechtlichen Änderungen im weiteren Verfahren ergeben, ist eine weitere Beteiligung des Gemeindeverwaltungsverbandes Müllheim-Badenweiler nicht erforderlich.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Offenlage ist nicht vorgesehen.

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – ALB - Abfallwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)
B.2	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 320 Gesundheitsschutz (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)
B.3	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 470 Vermessung und Geoinformation (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)
B.4	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 540 Flurneuordnung und Landentwicklung (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)
B.5	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 650/660 Untere Straßenverkehrsbehörde und Landkreis als Straßenbaulastträger (gemeinsames Schreiben vom 04.01.2019)
B.6	Regierungspräsidium Stuttgart – Straßenwesen und Verkehr, Abt. 4 (Schreiben vom 08.01.2019)
B.7	Handelsverband Südbaden e.V. (Schreiben vom 27.12.2018) – keine weitere Beteiligung
B.8	bnNETZE GmbH (Schreiben vom 06.12.2018)
B.9	Unitymedia BW GmbH (Schreiben vom 18.12.2018 + 29.01.2018)
B.10	Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband e.V. (Schreiben vom 09.01.2018)
B.11	Vermögen und Bau Baden-Württemberg (Schreiben vom 29.11.2018) – keine weitere Beteiligung
B.12	Zweckverband Gewerbepark Breisgau (Schreiben vom 28.11.2018) – keine weitere Beteiligung

B.13	Stadt Freiburg im Breisgau – Amt für Projektentwicklung und Stadterneuerung (Schreiben vom 11.12.2018)
B.14	Gemeinde Hartheim (Schreiben vom 19.12.2018)
B.15	Gemeinde Schliengen (Schreiben vom 05.12.2018)
B.16	Gemeinde Bad Bellingen (Schreiben vom 29.12.2018)
B.17	Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald – FB 680 Straßenplanung & Bau
B.18	Regierungspräsidium Freiburg – Abteilung Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal- und Gesundheitswesen
B.19	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege, Dienstsitz Freiburg
B.20	Communauté de Communes – Porte de France Rhin-Sud
B.21	Deutsche Telekom Technik GmbH
B.22	EnergieDienst AG
B.23	Deutsche Erdgas-Transportgesellschaft – Ruhrgas AG
B.24	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland
B.25	Landesnaturschutzverbände LNV/BUND/NABU
B.26	Gemeinde Auggen
B.27	Gemeinde Buggingen
B.28	Gemeinde Eschbach
B.29	Stadt Heitersheim
B.30	Stadt Müllheim
B.31	Gemeinde Badenweiler
B.32	Industrie- und Handelskammer
B.33	Regierungspräsidium Freiburg – Stabstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit
B.34	Wehrbereichsverwaltung Süd
B.35	Deutsche Post Bauen GmbH
B.36	Abwasserzweckverband „Weilertal“
B.37	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
B.38	NABU
B.39	Handwerkskammer
B.40	Polizei-posten Neuenburg am Rhein

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.